

Antrag Nr. 16-O-25-0054

CDU-Fraktion

Betreff:

Kastel Housing (CDU)

Antragstext:

Beim Ortstermin am 27.04.2016 wurde durch Vertreter der LH Wiesbaden mitgeteilt, dass die Notaufnahmeeinrichtung Kastel Housing zunächst nicht belegt, sondern stattdessen in eine Gemeinschaftswohnanlage für zugewiesene Flüchtlinge umgewidmet und umgestaltet wird.

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten zu berichten,

1. wie die Finanzierung der jetzt geplanten Umbaumaßnahmen erfolgt,
2. wie der Stand der Übernahmeverhandlung der LH Wiesbaden mit der BIMA ist,
3. warum an dieser Stelle die sog. Wiesbadener Linie mit dezentraler Unterbringung von zugewiesenen Flüchtlingen verlassen und welche Auswirkung dieser Entscheidung auf die Integration der untergebrachten Flüchtlinge erwartet wird,
4. wie die Strategie bei der Durchmischung von Betreuungs- und Lerngruppen in der geplanten Kindertagesstätte und Schule hinsichtlich des Anteils an Flüchtlingskindern und Kindern Kasteler Bevölkerung aussieht,
5. warum die Wohnungen nicht so umgestaltet werden, dass sie allen BürgerInnen auf dem Wohnungsmarkt angeboten werden können und dadurch eine Durchmischung mit zugewiesenen Flüchtlingen erzielt wird. Vor allem der letzte Punkt dürfte aufgrund der vor einigen Monaten kurzfristig für den Zweck der Einrichtung einer Notaufnahmeeinrichtung festgelegten speziellen Wohnungszuschnitte dafür sorgen, dass dieser Wohnungsbestand auf Jahre nicht verändert und damit dem freien Wohnungsmarkt nicht zugänglich gemacht werden kann.

Mainz-Kastel, 13.06.2016